

Rede von Marie Luise von Halem

Marie Luise von Halem spricht zum Antrag der AfD-Fraktion „Schulobst- und Schulgemüseprogramm endlich auch für Brandenburgs Schüler!“

- Es gilt das gesprochene Wort!

[Anrede]

Nach dem Motto „Doppelt gemoppelt hält besser“, versuchen Sie, sehr geehrte KollegInnen der AfD, hier im Landtag noch einmal die Landesregierung aufzufordern, den Brandenburger Schülerinnen und Schülern endlich frisches Obst und Gemüse zukommen zu lassen. Ihr Antrag könnte ja zustimmungsfähig sein - wenn wir nicht letzten Juli genau dasselbe schon beschlossen hätten, aufgrund eines Antrages der Koalitionsfraktionen und von uns, in deutlich differenzierterer Version. (Ein Tipp für's nächste Mal: die Parlamentsdokumentation!)

Die Forderung, das EU-Schulobstprogramm endlich auch für Brandenburg zu nutzen, ist hier schon ein Dauerbrenner, mit einem knappen Dutzend mündlicher und kleiner Anfragen allein während meiner Parlamentszeit. Das Problem dabei: die hohen Verwaltungskosten.

Stattdessen bringen wir mit dem im Juli beschlossenen Antrag zusammen mit rot-rot ein Landesprogramm für Schulobst auf den Weg. Leider erst mit 100.000€, aber es geht ja auch erst einmal um den Aufbau. Wir haben schon die Hoffnung, dass nach der Anlaufphase dann mehr Geld zur Verfügung gestellt wird.

In diesem Antrag ist die Landesregierung außerdem aufgefordert worden, „in einer Qualitätsoffensive für die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen in Brandenburg Maßnahmen zur gesunden Ernährung sowie Bildung und Erziehung zu bündeln“. Ein Bericht soll bis Ende nächsten Monats vorgelegt werden. Diesen Bericht sollten wir auch abwarten, bevor wir die nächsten Schritte unternehmen.

Denn: Natürlich ist gesundes Essen wichtig für die gesunde Entwicklung und auch für den Lernerfolg. Und Lebensweise und Esskultur werden in Kindheit und Jugend erlernt.

Wir haben bereits vor zwei Jahren in der Debatte über die Veränderung des Kindertagesstättengesetzes beantragt, dass die DGE-Standards verbindlich in das Gesetz aufgenommen werden. Vor allem im Kita-Bereich ist eine gesunde, qualitätsvolle, ausgewogene und unter Beachtung der DGE-Empfehlungen zusammengestellte Ernährung eine wichtige Grundlage für gute Konzentration und altersgerechte Entwicklung. Im Kita-Alter wird gelernt, wie verschiedene Gemüse- und Obstsorten schmecken. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive beim Kitaessen, um gemeinsam mit allen Beteiligten, insbesondere Eltern, Kommunen, freien Trägern und dem Land Brandenburg die Kriterien für gesundes Essen in den Vordergrund zu rücken. Zu einer vernünftigen Kostenaufteilung müssen alle beitragen.

Ähnlich sieht es im Schulbereich aus. Zur Anhörung zum Schulgesetz vorletzte Woche im Bildungsausschuss haben wir die Änderung im §113 eingebracht, um endlich vernünftige Mitbestimmungsrechte für Schulen und Eltern zu gewährleisten. Wir wollen im Schulgesetz klären, dass der Schulträger die Schulverpflegung nicht allein entscheiden kann, sondern das gemeinsam, im Einvernehmen mit der Schule tun muss, also mit der Schulkonferenz und somit Lehrkräften, Eltern und Schülerinnen und Schülern! Viele Schulträger machen dies bereits erfolgreich vor. Davon profitieren dann alle und vor allem wächst die Akzeptanz für das Essen. Aber andere Schulträger setzen den Schulen das Essen auf den Tisch, ohne sie vorher zu fragen. Und das funktioniert – wie zu erwarten: schlecht!

Also, kein doppeltes Gemoppel nötig, das Menü ist längst bestellt!

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag



Wir lehnen ab.